

Demokratisierungsprozesse und ihre Akteure.

Ein Überblick zum Stand der Theoriebildung

Martin Brusis

In: „Protest im langen Schatten des Kreml: Interdisziplinäre Aspekte der Protestbewegung im post-sowjetischen Raum“, hg. v. O. Zabirko und J. Mischke

Einleitung

Seit den Übergängen zur Demokratie in Ostmitteleuropa 1989/90 ist eine umfangreiche sozialwissenschaftliche Literatur zur Demokratisierung entstanden (vgl. für einen Überblick: Merkel 2010). Diese Arbeiten haben die Bedingungen, Verlaufsmuster und Ergebnisse von Demokratisierungsprozessen rekonstruiert und im Ländervergleich analysiert. Sie sind bisher jedoch noch nicht so weit fortgeschritten, dass man eine bestimmte Anzahl von Akteurskonstellationen und Strategien benennen könnte, die für die Errichtung und Konsolidierung demokratischer Institutionen notwendig und hinreichend sind.

Die nach 1990 veröffentlichten Studien knüpfen einerseits an modernisierungstheoretische Studien an, die im Kontext der Dekolonisierung entstanden und die für eine stabile Demokratie erforderlichen ökonomischen sowie gesellschaftlichen Strukturbedingungen zu identifizieren suchten. Andererseits bilden Studien zu den lateinamerikanischen und südeuropäischen Demokratie-Übergängen den Hintergrund für die aktuelle Demokratisierungsforschung und Theoriedebatte. Das grundlegende Werk in dieser Traditionslinie kritisierte die Strukturorientierung der Modernisierungstheorien und argumentierte, dass politische Akteure¹ – Reformeure innerhalb der herrschenden Elite und moderate Oppositionelle – in Abkommen ("Pakten") entscheidende Weichen für die neue Demokratie stellen würden (O'Donnell und Schmitter 1986; Przeworski 1991). Dem widersprachen jedoch einige der seit Ende der 1990er Jahre zu Osteuropa entstandenen Studien, indem sie darauf verwiesen, dass stabile Demokratien sich nicht aus Kräftegleichgewichten bildeten, sondern dort, wo

¹ Diese und alle nachfolgenden Akteurs- und Funktionsbezeichnungen sind jeweils geschlechtsneutral zu verstehen.

demokratische politische Akteure über die Kräfte des autokratischen Regimes² triumphierten (Bunce 2003; McFaul 2002).

Die offensichtliche Konsolidierung von politischen Regimen, die weder als funktionierende Demokratien, noch als eindeutige Autokratien zu bezeichnen waren, führte seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu einer Renaissance strukturtheoretischer Ansätze (Doorenspleet 2005; Hale 2013; Hanson 2017; Levitsky und Way 2010; Møller und Skaaning 2009; Przeworski et al. 2000; Przeworski et al. 1995; Schneider 2009). Aus Sicht dieser Erklärungsversuche sind Staatlichkeitskonflikte, sozioökonomische Bedingungen oder kulturelle Hinterlassenschaften wesentlich wichtiger für einen Regimewechsel als die Aktivitäten politischer Eliten.

Mehrere Regierungs- und Regimewechsel infolge von Massenprotesten veranlassten die Vertreter akteurtheoretischer Ansätze seit den 2000er Jahren dazu, organisierten und mobilisierten zivilgesellschaftlichen Gruppen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. In den „Farbenrevolutionen“, die sich in der Ukraine, aber auch in Serbien, Georgien, Kirgisien und einigen arabischen Ländern ereigneten, veränderten diese Akteure die Kräfteverhältnisse zwischen herrschenden und oppositionellen Eliten zugunsten der Opposition. Eine wachsende Zahl von Studien versucht auch, Annahmen über gesellschaftsstrukturelle Veränderungen und zum Verhalten von Akteuren miteinander zu verknüpfen (Acemoglu und Robinson 2006; Boix 2003; Junisbai 2012; Radnitz 2010). Dieser Forschungsstrang hat sich vor allem mit der politischen Rolle privater Unternehmer sowie mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik beschäftigt.

In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten Befunde der Demokratisierungsforschung kurz skizziert und diskutiert. Aus dieser Diskussion lässt

² Im Unterschied zum Alltagssprachgebrauch wird der Begriff des autokratischen bzw. demokratischen politischen „Regime“ hier wertneutral verwendet, um (relativ) stabile Gefüge von politischen Institutionen, Regeln, Akteuren und ihren Verhaltensmustern zu beschreiben. Während viele angloamerikanische Autokratieforscher den Begriff „authoritarian regime“ und „authoritarianism“ verallgemeinernd für alle nicht-demokratischen Regime verwenden, werden hier „Autokratie“ bzw. „autokratisches Regime“ als Sammelbegriffe benutzt, um die von Linz (2000) vorgeschlagene Differenzierung zwischen autoritären und anderen autokratischen Regimen zu ermöglichen.

sich folgern, dass die aktuelle Debatte zwischen akteurs- und strukturtheoretischen Ansätzen sich einerseits auf Demokratisierungstheorien zu bewegt, die Strukturbedingungen und Akteurstrategien zu kombinieren versuchen. Andererseits werden die unterschiedlichen Stabilitätsbedingungen autokratischer Regime zunehmend als Faktoren einbezogen, um Varianten von Demokratisierungspfaden zu erklären.

1. Staatlichkeitskonflikte

Insbesondere die politischen Übergänge in Mittel und Osteuropa seit 1989 dokumentieren, wie Konflikte über den territorialen Zuschnitt von und die Zugehörigkeit zu Nationalstaaten Demokratisierungsprozesse erschweren und/oder scheitern ließen (Linz und Stepan 1996; Offe 1994). Die drei staatssozialistischen Föderationen – Sowjetunion, Tschechoslowakei und Jugoslawien – zerfielen, als die politische Pluralisierung die föderalen politischen Eliten schwächte und Gelegenheiten für eine nationalistische Mobilisierung in den Teilrepubliken und –gebieten der Föderationen bot (Beissinger 2004; Bunce 1999). Dies bedeutet jedoch nicht, dass eine Konsolidierung demokratischer Institutionen in Staaten mit größeren nationalen Minderheiten scheitern muss, wie die erfolgreichen Entwicklungspfade von Bulgarien, Estland, Lettland, Serbien nach Milošević und der Slowakei nach Mečiar belegen (Fish und Kroenig 2006; Merkel und Weiffen 2012; O'Leary 2001; Schmitter 2010, 25). Man kann sogar argumentieren, dass mobilisierte ethnische Identitäten Demokratisierungsprozesse insbesondere in den postsowjetischen Staaten unterstützten, weil sie den politischen Eliten ermöglichten, den umfassenden Bruch mit dem alten Regime als Akt nationaler Selbstbestimmung zu interpretieren (Beissinger 2008).

Unter den Bedingungen politischen Wettbewerbs werden ethnische Unterschiede meistens zum Gegenstand politischer Konflikte gemacht, aber ob die Artikulation und Mobilisierung ethnopolitischer Interessen zu einem zerstörerischen ethnopolitischen Konflikt eskalieren oder in ein integratives Arrangement der Machtteilung münden, hängt von mehreren zusätzlichen Faktoren ab. Zu diesen gehören das Ausmaß gesellschaftlicher Segregation und ethnischer Spaltungslinien, die Strategien der politischen Eliten, die Existenz

konkordanzdemokratischer, integrierender politischer Institutionen, die Interdependenzen mit benachbarten Konflikten, externe Anreize zu einer transnationalen Integration sowie die Rolle von „homeland“ oder „kin states“, die als Anwälte der nicht-majoritären Volksgruppen auftreten, (Heinemann-Grüder 2011; Stepan, Linz, und Yadav 2011). Es fehlt noch immer an systematischem Wissen zum Zusammenwirken dieser Akteure und Bedingungen in Demokratisierungsprozessen und neuen Demokratien.

2. **Ökonomische Ungleichheit**

Neuere vergleichende Studien zu Demokratisierungsprozessen haben vor allem eine wichtige sozioökonomische Bedingung – ökonomische Ungleichheit – betrachtet (Acemoglu und Robinson 2006; Boix 2003; Haggard und Kaufman 2012; Houle 2009). Eine der einflussreichen theoretischen Annahmen in dieser Literatur lautet, dass demokratisch gewählte Regierungen Einkommen oder Vermögensgüter von den politischen Eliten zur Mehrheit der Bürger umverteilen werden, weil sie auf die politische Unterstützung möglichst vieler Wähler angewiesen sind. Ein Übergang zur Demokratie wird dann als Verpflichtung autokratischer politischer Eliten begriffen, eine derartige Umverteilung zu akzeptieren. Wachsende Ungleichheiten in autokratischen politischen Regimen veranlassen die Bürger dazu, sich kollektiv zu organisieren und die herrschenden Eliten mit einer Revolution zu bedrohen, deren Erfolg eine Umverteilung nach sich zöge. Die Eliten können darauf mit Repression reagieren, aber können sich auch zur Aufgabe ihres Herrschaftsmonopols entscheiden, wenn die Kosten staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen die Verluste übersteigen, die den herrschenden autokratischen Eliten bei postrevolutionären Umverteilungspolitiken drohen (Acemoglu und Robinson 2006). Dieses theoretische Modell erwartet, dass die herrschenden Eliten sich demokratischen Regeln unterwerfen, wenn weder extreme, noch geringe ökonomische Ungleichheit herrscht. Denn ein solches mittleres Ungleichheitsniveau veranlasst zwar viele Bürger zur Drohung mit der Revolution, begrenzt aber die Einkommensverluste, die die Eliten in einer Demokratie zu befürchten hätten.

Leider gelang es dieser Theorie bisher nicht, die Ungleichheitsschwellen zu bestimmen, deren Überschreitung einen politischen Übergang auslösen würde. Kritiker dieses theoretischen Ansatzes haben darauf hingewiesen, dass jüngere Demokratien nur in wenigen Fällen durch konservative Eliten destabilisiert wurden, die ihr Vermögen und Einkommen verteidigen wollten (Haggard und Kaufman 2016). Andere Kritiker argumentierten, dass der entscheidende politische Konflikt während eines Regimewechsels nicht die Umverteilung betrifft, sondern den Schutz von Eigentums- und anderen bürgerlichen Freiheitsrechten gegen staatliche Eingriffe (Ansell und Samuels 2010). In dieser alternativen Sichtweise geht es bei Demokratisierung im Kern um einen Vertrag zwischen einer gesellschaftlichen Gruppe – dem Bürgertum in den historischen westlichen Demokratisierungsprozessen – und den Herrschenden, der die Beteiligungsrechte und den Schutz der Bürger gegen staatliche Willkür regelt (Gill 2011; Moore 1967). Diese Perspektive legt einen Zusammenhang zwischen wachsender ökonomischer Ungleichheit und der Wahrscheinlichkeit einer Demokratisierung nahe, da zunehmende Ungleichheit die Entstehung einer gesellschaftlichen Klasse anzeigt, die über Eigentum verfügt und an dessen Schutz interessiert ist (Remington 2011).

3. Eliten, Patronage und Privatisierung

Andere Demokratisierungsforscher rechnen eher damit, dass sich ein Übergang zur Demokratie aus der Kooperation zwischen liberalen Reformern innerhalb der staatlichen Institutionen und Wirtschaftseliten innerhalb der Gesellschaft ergeben könnte. Diesem Forschungsstrang an der Schnittstelle zwischen Politik- und Wirtschaftswissenschaft liegt unter anderem die theoretische Idee zu Grunde, dass autokratische Herrschaft durch ein Netzwerk klientelistischer Austauschbeziehungen aufrechterhalten wird (Collins 2006; Grindle 2012; Hicken 2011; Keefer 2007; Kitschelt und Wilkinson 2006; Kononenko und Moshes 2011). Politische Führungsgruppen gewähren Zugang zu staatlichen Ressourcen und privaten Geschäftschancen im Austausch gegen politische Loyalität und Zurückhaltung. Um konformes Verhalten einzufordern und die Widerrufbarkeit der gewährten Rechte und Ressourcen zu

demonstrieren, bestraft die politische Führung selektiv abtrünnige oder der Illoyalität verdächtige Mitglieder der ökonomischen Elite (Brusis 2013). Dies ist möglich, weil und wenn die ökonomischen Eliten daran gehindert sind, durch koordiniertes, kollektives Handeln gegen derartige selektive Repressionsmaßnahmen Widerstand zu leisten (Guriev und Sonin 2009). Empirische Studien in diesem Forschungsfeld haben belegt, dass gewaltsame Regimewechsel umso wahrscheinlicher sind, je mehr Macht Diktatoren in ihren eigenen Händen konzentrieren (Geddes, Wright und Frantz 2018). Demnach verringert eine vor allem von der Führungsperson abhängige, personalisierte Form der Autokratie auch die Chancen für einen Übergang zur Demokratie.

Das die autokratische Herrschaft stützende Netzwerk von Patronagebeziehungen kann durch Renteneinnahmen aus Rohstoffexporten und durch große öffentliche Sektoren gefördert werden (Domjan und Stone 2010; Franke, Gawrich, und Alakbarov 2009; Gel'man und Marganiya 2010). Im Gegensatz dazu erwarten Demokratisierungsforscher, dass der Aufbau eines privatwirtschaftlichen Unternehmenssektors mit der Demonopolisierung und Aufteilung von ökonomischer und politischer Macht einhergeht (Aslund 2009; Fish und Choudhry 2007). Die Privatisierung staatlicher Vermögensgüter in den postsozialistischen Ländern Osteuropas zielte nicht nur auf die Verbesserung der ökonomischen Effizienz, sondern befähigte die staatssozialistischen politischen Eliten auch dazu, ihr politisches und soziales Kapital in ökonomisches Kapital umzuwandeln (Hankiss 1989). Diese Privilegierung der alten Nomenklatura verstieß zwar gegen Prinzipien sozialer Gerechtigkeit. Befürworter einer Privatisierung erwarteten jedoch, dass dieser Prozess den Wechsel der politischen Elite erleichtern und eine Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre herbeiführen würde (Staniszkis 1991).

Die neu entstehenden „Kapitalisten“ blieben aber weiterhin auf politische Patronage angewiesen und zogen es vor, sich in die Politik einzumischen, um ihre Geschäftsinteressen zu schützen. Sie verließen sich nicht auf Märkte und neu gegründete Institutionen zum Schutz dieser Märkte – wie unabhängige Gerichte und unparteiische Verwaltungen –, mit der Folge, dass eigennützige Tauschbeziehungen (Korruption, Klientelismus, state capture etc.) an die Stelle der von den Institutionen erhofften Regelungseffekte traten (Hellman 1998). Diese Interaktionsmuster bestätigten die Beobachtung, dass viele neue

private Unternehmer nur „bedingte Demokraten“ seien, die sie sich der Demokratie nicht intrinsisch verpflichtet fühlen würden (Bellin 2000; Junisbai 2012).

4. Koalitionen zwischen Unternehmern und Reformern

Welche Faktoren begünstigen ein Bündnis zwischen privaten Unternehmern und liberalen Reformern, die Entscheidungspositionen innerhalb der Regierung kontrollieren? Einer der Faktoren könnte die Verbreitung kleinerer und mittlerer Unternehmen sein (Yakovlev 2013; Zudin 2013). Diesen Firmen fehlen häufig die Ressourcen und persönlichen Beziehungen, die zur Aufrechterhaltung von Patronagebeziehungen mit einflussreichen politischen Akteuren notwendig sind. Sie könnten jedoch von kollektiven und öffentlichen Strategien zum Schutz ihrer Geschäftsinteressen profitieren, und eine entsprechende koordinierte Interessenvertretung trüge dazu bei, dass die Unabhängigkeit von Gerichten und die Unparteilichkeit der öffentlichen Verwaltung gefestigt würden.

Ein weiterer Einflussfaktor könnte das Phänomen des „rejderstvo“ sein, mit dem in Russland das „raiding“ von privaten Unternehmen durch staatliche oder Regimeakteure bezeichnet wird. Von Enteignung bedrohte Privatunternehmer schlossen sich in mehreren Fällen der politischen Opposition an (Junisbai 2012). In mehreren postsowjetischen Staaten wurden Oppositionsparteien aus der Unternehmerschaft gebildet, und sogar „Oligarchen“ unterstützten Protestbewegungen gegen die autokratischen Präsidenten (Aslund 2006; Gould und Hetman 2008; Radnitz 2010). Vor diesem Hintergrund lassen sich Kampagnen gegen korrupte Staatsbedienstete als Politiken deuten, die nicht nur das deklarierte Ziel verfolgen, die Integrität öffentlicher Institutionen zu stärken, sondern auch räuberische Übergriffe auf private Geschäftsleute verhindern sollen.

Die erhöhte Mobilität des Kapitals scheint einen dritten wichtigen Faktor darzustellen (Boix 2003; Freeman und Quinn 2012). Kapitaleigner, die ihre Vermögenswerte ins Ausland übertragen können, sind besser in der Lage, sich gegen die behördlich veranlasste oder geduldete Ausplünderung ihrer Unternehmen zu wehren. Zudem haben sie weniger Anreize, Patronagenetzwerke

zu unterhalten. Diese Auswegsoption verringert jedoch wahrscheinlich auch ihre Anreize, Oppositionsproteste zu unterstützen. Die Verlagerung des eigenen Geschäfts in ein anderes Land sollte für viele Unternehmer weniger riskant sein als eine Parteinahme für die Opposition. Dennoch stärkt die Kapitalmobilität liberale Reformer innerhalb der Regierung, weil diese rechtsstaatliche Reformen überzeugender als ein Instrument gegen den Abfluss von Kapital propagieren können, das dringend zur Modernisierung der Volkswirtschaft benötigt wird. Bei der gegebenen globalen Integration nationaler Wirtschaftssysteme scheint es aber kaum mehr möglich, die Kapitalmobilität wirksam durch administrative oder regulative Maßnahmen einzuschränken, die zum Beispiel ausländische Bankkonten oder die Niederlassung in Steueroasen zu verbieten suchen (деофшоризация).

Ein damit verbundener vierter Faktor zur Unterstützung einer Koalition zwischen privaten Unternehmern und liberalen Reformern sind ausländische Investitionen (Geddes 2007). Da die politischen Eliten ausländische Investitionen zur ökonomischen Modernisierung sowie für Wirtschaftswachstum und -entwicklung benötigen, haben sie Anreize, die Eigentumsrechte ausländischer Investoren zu respektieren und zu schützen. Diese Ziele erfordern Politiken, die die Unabhängigkeit und Professionalität von Gerichten sowie die Zuverlässigkeit und Neutralität der öffentlichen Verwaltung stärken. Diese Politiken wiederum werden, so die Vermutung, sich dann positiv auf den Schutz bürgerlicher Freiheiten und die rechtsstaatliche Kontrolle von Regierungen auswirken. Solche Effekte dürften allerdings begrenzt bleiben. Multinationale Unternehmen mit ihren Konzernzentralen im Westen könnten dafür optieren, individuellen Schutz zu kaufen, statt öffentlich für Gewaltenteilung und Demokratie einzutreten. Die politischen Führungsgruppen könnten versuchen, den auf Patronage gestützten Staatssektor von einem marktgestützten Privatsektor abzutrennen. Rechtsstaatliche Reformen blieben dann auf den privaten Sektor begrenzt und würden für diesen ein stabiles, verlässliches unternehmerisches Umfeld gewährleisten, während der staatliche Sektor weiterhin nach der Logik persönlicher Austauschbeziehungen funktionieren und als materielle wie soziale Basis der herrschenden Elite dienen würde (Junisbai 2010). Demokratisierende Ausstrahlungswirkungen ausländischer Investitionen können überdies auch durch kulturell eingebettete Überzeugungen eingeschränkt werden,

gemäß denen zum Beispiel Russland als „nicht westlich“ zu definieren ist (vgl. z.B. Huskey 2013). Diese wahrgenommene Andersartigkeit kann als machtvolles Legitimationsmuster fungieren, um zu erklären und zu rechtfertigen, warum westliche Ideen liberaler Marktwirtschaft und Demokratie nicht übertragen werden können.

5. Zivilgesellschaftliche Protestbewegungen

Die demokratischen Umbrüche in Serbien (2000), Georgien (2003), Ukraine (2004) und Kirgisien (2005) haben neue theoretische Überlegungen zur Rolle politischer Akteure in Regimewechseln angeregt. Da die Umwälzungen in all diesen Fällen nicht durch Elitenpakte, sondern durch Massenproteste gegen Wahlfälschungen ausgelöst wurden, vertraten zahlreiche Demokratieforscher die Auffassung, dass eine mobilisierte Zivilgesellschaft die Schlüsselrolle für den Übergang zur Demokratie spiele, während Reformkräften innerhalb des autokratischen Regimes und isolierten Oppositionsgruppen nur eine Randbedeutung zukomme (Beissinger 2013; Bunce und Wolchik 2011; Hale 2006; Lindberg 2009; Stykow 2010). Wahlen bieten Gelegenheiten zur Mobilisierung und können zum Symbol für die Stärke der Demokratiebewegung und die Illegitimität der herrschenden Eliten werden (Stykov 2013).

Vergleichende Studien derartiger „demokratisierender Wahlen“ ermittelten mehrere Faktoren, deren Zusammenwirken einen Regimewechsel bewirkt (Bunce und Wolchik 2011). Demnach gelang es in den genannten Fällen den führenden Oppositionsparteien jeweils, stabile Bündnisse untereinander zu bilden. Diese Bündnisse kooperierten eng mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, um möglichst viele Wähler zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen und um eine landesweite Beobachtung des Wahlverfahrens zu gewährleisten. Eine breite Mobilisierung und überzeugende Nachweise des Wahlbetrugs waren notwendig, um die Bürger für großangelegte öffentliche Proteste gegen die „gestohlenen Wahlen“ zu gewinnen, die der politischen Machtübernahme vorausgingen. Zudem unterschätzten die herrschenden Gruppen ihre Unterstützung in der Wählerschaft und ihre Kapazitäten, die Wahlergebnisse nachträglich zu „korrigieren“. Im georgischen, ukrainischen und kirgisischen Fall

erfolgten die entscheidenden Wahlen zusammen mit der Machtübergabe von einem langjährigen Präsidenten an seinen designierten Nachfolger. Diese Situation erzeugte zusätzliche Ungewissheit innerhalb der herrschenden Eliten, rief Uneinigkeit hervor und veranlasste einzelne Elitengruppen, angesichts massiver öffentlicher Proteste die Seiten zu wechseln.

Die relativ kurzfristige Realisierbarkeit demokratisierender Wahlen, die offensichtlichen Parallelen zwischen den betroffenen Ländern und der begrenzte Aufwand dieser Kampagnenform begünstigten die Diffusion dieses „elektoralen Übergangsmodells“ (Bunce und Wolchik 2006; Bunce und Wolchik 2010), das von aktionsorientierten westlichen Akteuren der Demokratieförderung wie z.B. der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation „Center on Nonviolent Conflict“ unterstützt wurde (McFaul 2010). Inzwischen scheinen autokratische Herrschaftsträger indes von den existierenden Beispielen gelernt und Strategien entwickelt zu haben, um eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung wirksam einzuschränken (Beissinger 2007). Russland, Aserbaidschan und andere postsowjetische Staaten verbanden die Inhaftierung und Bestrafung von Demonstranten mit gezielten Maßnahmen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Medien. Außerdem lassen sich Protestbewegungen längerfristig nur aufrechterhalten, wenn es den Beteiligten gelingt, eine stabile und politisch kohärente Organisation aufzubauen (Haggard and Kaufman 2016). So lässt sich auf der Basis von Meinungsumfragen zeigen, dass der Zusammenhalt etwa der ukrainischen Protestbewegung des Jahres 2004 durch die unterschiedlichen Überzeugungen und Handlungsmotive begrenzt wurde, die die einzelnen Teilnehmer der Massenproteste leiteten (Beissinger 2013).

Auch die zweite ukrainische Revolution im Februar 2014 wurde von politischen Gruppen getragen, die zwar gemeinsam den Rücktritt des Staatspräsidenten und die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union (EU) forderten, aber damit sehr unterschiedliche politische Zielsetzungen verbanden und unterschiedliche Teile der Gesellschaft zu vertreten suchten. Diese Heterogenität muss jedoch nicht wie in den Jahren nach der „Orangen Revolution“ zu lähmenden Machtkämpfen zwischen den neuen politischen Eliten führen. Mit der in den Revolutionstagen beschlossenen Rückkehr zur Verfassung von 2004 haben sich die wichtigsten politischen Akteure zu einem parlamentarischen Regierungssystem bekannt. Auch wenn dieser

institutionelle Rahmen nicht irreversibel ist und von einer charismatischen Präsidentenpersönlichkeit anders ausgelegt werden kann, bietet er weniger Anlässe für Konflikte zwischen Präsident und Regierung / Parlamentsmehrheit. Überdies deuten die Reformfortschritte seit 2014 darauf hin, dass die westlich orientierten politischen Akteure aus ihren Niederlagen in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2010/2012 gelernt haben und deshalb präzisere politische Ziele verfolgen sowie kooperationsbereiter agieren. Kooperationsanreize gehen zusätzlich auch von Russland aus, dessen Regierung durch die Annexion der Krim und die Unterstützung der Aufständischen im Donbass die territoriale Integrität der Ukraine verletzte und weiterhin bedroht. Angesichts dieser Gefährdung waren die verschiedenen politischen Akteure in Kiew eher bereit, miteinander zu kooperieren. Zudem wirkt die EU über das 2014 abgeschlossene Assoziierungsabkommen als externer Anker für Kompromissbildungen zwischen den unterschiedlichen Elitengruppen.

Fazit

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Demokratisierungsforschung noch keinen Konsens darüber erzielt hat, ob Pakte zwischen Reformern und Oppositionsgruppen, eine mobilisierte Zivilgesellschaft oder eine reformorientierte Elitenkoalition notwendige und hinreichende Bedingungen für einen Übergang zur Demokratie darstellen. Diese noch andauernde Debatte über die ausschlaggebenden Ursachen(-konfigurationen) hat auch eine methodologische Dimension. Während quantitativ orientierte Sozialwissenschaftler durch die Berücksichtigung möglichst vieler Fälle den relativen Einfluss einzelner Ursachenfaktoren schätzen wollen, tendieren qualitativ arbeitende Forscher eher dazu, fallbezogene Kombinationen von Ursachenfaktoren und -sequenzen sowie unterschiedliche mögliche Ursache-Wirkungs-Pfade festzustellen.

Die meisten Demokratieforscher sehen Staatlichkeitskonflikte als gravierendes Hindernis für Demokratisierungsprozesse an, auch wenn einige Staaten mit größeren nationalen Minderheiten stabile demokratische Institutionen aufbauen konnten. Kontroversen bestehen über das Ausmaß, in dem die Akteure eines Übergangs ökonomische Interessen verfolgen oder sich ihr Verhalten

aus ökonomischen Interessen angemessen erklären lässt. Forscher, die ökonomischen Interessen für entscheidend halten, sind sich nicht darüber einig, ob der Konflikt zwischen herrschenden Eliten und ihren Herausforderern primär um die Einkommensverteilung oder um Eigentumsrechte geführt wird. Während die meisten Autoren darin übereinstimmen, dass die ökonomische Globalisierung die politische Ökonomie autokratischer Regime verändert hat, ist noch unklar, ob diese Regime auch langfristig wirksame Strategien zum Umgang mit den Konsequenzen und zur Vermeidung einer politischen Destabilisierung entwickeln können.

Auch wenn autokratische Regime die Spielräume für zivilgesellschaftliche Proteste inzwischen systematisch einschränken, hat die Zivilgesellschaft als Medium und Akteur von Demokratisierungsprozessen zunehmende Bedeutung erhalten. Das Internet, soziale Medien und neue Kommunikationstechnologien haben die postsowjetischen Gesellschaften im letzten Jahrzehnt durchdrungen und neue Möglichkeiten der Machtbeobachtung, Meinungsäußerung und Handlungskoordination begünstigt (Peregudov 2012). Diese neue interaktive Öffentlichkeit setzt die politischen Repräsentanten in Autokratien unter Druck, ihre Politik zu legitimieren, indem sie diese als ein Handeln zu rechtfertigen versuchen, das die Überzeugungen und Wünsche der Bürger widerspiegelt. Autokratische politische Eliten können sich weniger als früher durch formale Verfahren und Regelkonformität („Diktatur des Gesetzes“) legitimieren. Vielmehr sind sie zunehmend stärker auf responsive Politik und Inszenierungen öffentlicher Zustimmung angewiesen (Greene und Robertson 2019; Pavlovskii 2014). Öffentliche Proteste mit vielen Teilnehmern erschüttern jedoch die öffentliche Selbstinszenierung des Regimes und damit seine verbleibende Legitimationsbasis (Krastev 2014). Überdies erleichtern die neuen Instrumente der Machtbeobachtung es Kritikern, informelle Mechanismen der Herrschaftssicherung wie z.B. Korruption oder Klientelismus zu enthüllen. Sie bringen die politischen Eliten in das Dilemma, entweder die informelle Steuerung (und damit ihre Kontrolle) des politischen Prozesses einzuschränken oder formale Regeln durch persönliches Charisma oder Populismus als primäre Legitimitätsressourcen zu ersetzen. Der Rückgriff auf diese Ressourcen erhöht wiederum die Abhängigkeit von sichtbarer öffentlicher Zustimmung und die Verwundbarkeit gegenüber zivilgesellschaftlichen Protesten.

Bibliographie

- Acemoglu, Daron; Robinson, James A. (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Ansell, Ben; Samuels, David (2010): Inequality and Democratization: A Contractarian Approach. In: *Comparative Political Studies*. 43 (12), p. 1543-1574.
- Aslund, Anders (2006): The Ancien Régime: Kuchma and the Oligarchs. In: Aslund, Anders; McFaul, Michael (eds.): *Revolution in Orange*. Washington D.C.: Carnegie Endowment, p. 9-27.
- Aslund, Anders (2009): *How Ukraine Became a Market Economy and Democracy*. Washington: Peterson Institute for International Economics.
- Beissinger, Mark R. (2004): *Nationalist Mobilization and the Collapse of the Soviet State*. Cambridge etc.: Cambridge University Press.
- Beissinger, Mark R. (2007): Structure and Example in Modular Political Phenomena: The Diffusion of Bulldozer / Rose / Orange / Tulip Revolutions. In: *Perspectives on Politics*, 5 (2), p. 259-276.
- Beissinger, Mark R. (2008): A New Look at Ethnicity and Democratization, in: *Journal of Democracy*. 19 (3), 85-97.
- Beissinger, Mark R. (2013): The Semblance of Democratic Revolution: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution. In: *American Political Science Review*. 107 (3), p. 574-592.
- Bellin, Eva Rana (2000): Contingent Democrats: Industrialists, Labor, and Democratization in Late-Developing Countries. In: *World Politics*. 52 (2), p. 175-205.
- Boix, Carles (2003): *Democracy and Redistribution*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Brusis, Martin (2013): Staat und Wirtschaftsakteure in postsowjetischen elektoralen Autokratien. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 47 Sonderheft, S. 298-323.
- Bunce, Valerie (1999): *Subversive Institutions. The Design and the Destruction of Socialism and the State*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Bunce, Valerie (2003): Rethinking Recent Democratization. Lessons from the Postcommunist Experience. In: *World Politics*. 55 (1), p. 167-192.
- Bunce, Valerie J.; Wolchik, Sharon L. (2006): International Diffusion and Postcommunist Electoral Revolutions. In: *Communist and Post-Communist Studies*. 39 (3), p. 283-304.
- Bunce, Valerie J.; Wolchik, Sharon L. (2010): Defeating Dictators. Electoral Change and Stability in Competitive Authoritarian Regimes. In: *World Politics*. 62 (1), p. 43-86.
- Bunce, Valerie J.; Wolchik, Sharon L. (2011): *Defeating Authoritarian Leaders in Postcommunist Countries*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Collins, Kathleen (2006): *Clan Politics and Regime Transition in Central Asia*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Domjan, Paul; Stone, Matt (2010): A Comparative Study of Resource Nationalism in Russia and Kazakhstan 2004-2008. In: *Europe-Asia Studies*. 62 (1), p. 35-62.
- Doorenspleet, Renske (2005): *Democratic Transitions. Exploring the Structural Sources of the Fourth Wave*. Boulder [u.a.]: Rienner.
- Fish, M. Steven; Choudhry, Omar (2007): Democratization and Economic Liberalization in the Postcommunist World. In: *Comparative Political Studies*. 40 (3), p. 254-282.
- Fish, M. Steven; Kroenig, Matthew (2006): Diversity, Conflict and Democracy: Some Evidence from Eurasia and East Europe. In: *Democratization*, 13 (5), p. 828-842.
- Franke, Anja; Gawrich, Andrea; Alakbarov, Gurban (2009): Kazakhstan and Azerbaijan as Post-Soviet Rentier States: Resource Incomes and Autocracy as a Double 'Curse' in Post-Soviet Regimes. In: *Europe-Asia Studies*. 61 (1), p. 109-140.
- Freeman, John R.; Quinn, Dennis P. (2012): The Economic Origins of Democracy Reconsidered. In: *American Political Science Review*. 106 (1), p. 58-80.
- Geddes, Barbara (2007): What Causes Democratization? In: Boix, Charles; Stokes, Susan (ed.): *The Oxford Handbook of Comparative Politics*. Oxford: Oxford University Press, p. 317-339.

- Geddes, B., Wright, J. und Frantz, E. (2018): *How Dictatorships Work. Power, Personalization and Collapse*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gelman, Vladimir; Marganiya, Otar (ed.) (2010): *Resource Curse and Post-Soviet Eurasia. Oil, Gas, and Modernization*. Lanham: Lexington Books.
- Gill, Graeme (2011): *Symbols and Legitimacy in Soviet Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gould, John A.; Hetman, Yaroslav (2008): Market Democracy Unleashed? Business Elites and the Crisis of Competitive Authoritarianism in Ukraine. In: *Business and Politics* 10 (2), p. 1-33.
- Greene, S. A. und Robertson, G. B. (2019). *Putin v. the People. The Perilous Politics of a Divided Russia* (New Haven / London: Yale University Press.
- Grindle, Merilee (2012): *Jobs for the Boys. Patronage and the State in Comparative Perspective*. Harvard: Harvard University Press.
- Guriev, Sergei; Sonin, Konstantin (2009): Dictators and Oligarchs: A Dynamic Theory of Contested Property Rights. In: *Journal of Public Economics*. 93 (1), p. 1-13.
- Haggard, Stephan; Kaufman, Robert R. (2012): Inequality and Regime Change: Democratic Transitions and the Stability of Democratic Rule. In: *American Political Science Review*. 106 (3), p. 495-516.
- Haggard, S. und Kaufman, R. R. (2016): *Dictators and Democrats. Masses, Elites and Regime Change*. Princeton / Oxford: Princeton University Press.
- Hale, Henry E. (2006): Democracy or Autocracy on the March? The Colored Revolutions as Normal Dynamics of Patronal Presidentialism. In: *Communist and Post-Communist Studies*. 39 (3), p. 305-329.
- Hale, Henry E. (2013): Regime Change Cascades: What We Have Learned from the 1848 Revolutions to the 2011 Arab Uprisings. In: *Annual Review of Political Science*. 16, p. 331-353.
- Hankiss, Elemér (1989): *East-European Alternatives*. Oxford: Oxford University Press.
- Hanson, S. E. (2017). 'The Evolution of Political Regimes: What Can Twenty-Five Years of Post-Soviet Change Teach Us?' *Perspectives on Politics*, 15/2, p. 328-41

- Heinemann-Grüder, Andreas (2011): *Föderalismus und Konfliktregelung. Indien, Russland, Spanien und Nigeria im Vergleich*. Leverkusen: Barbara Budrich.
- Hellman, Joel S. (1998): Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Post-Communist Transitions. In: *World Politic*. 50 (2), p. 203-254.
- Hicken, Allen (2011): Clientelism. In: *Annual Review of Political Science*. 14, p. 289-310.
- Houle, Christian (2009): Inequality and Democracy. Why Inequality Harms Consolidation but Does Not Affect Democratization. In: *World Politics*. 61 (4), p. 589-622.
- Huskey, Eugene (2013): Legitimizing the Russian Executive: Identity, Technocracy, and Performance. In: Bodin, Per-Arne, Hedlund Stefan und Namli Elena (ed.): *Power and Legitimacy – Challenges from Russia*. London, New York: Routledge, p. 46-58.
- Junisbai, Barbara (2010): A Tale of Two Kazakhstans: Sources of Political Cleavage and Conflict in the Post-Soviet Period. In: *Europe-Asia Studies*. 62 (2), p. 235-269.
- Junisbai, Barbara (2012): Improbable but Potentially Pivotal Oppositions: Privatization, Capitalists, and Political Contestation in the Post-Soviet Autocracies. In: *Perspectives on Politics*. 10 (4), p. 891-916.
- Keefer, Philip (2007): Clientelism, Credibility, and the Policy Choices of Young Democracies. In: *American Journal of Political Science*. 51 (4), p. 804-821.
- Kitschelt, Herbert; Wilkinson Steven I. (ed.) (2006): *Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kononenko, Vadim; Moshes, Arkady (ed.) (2011): *Russia as a Network State. What Works in Russia When State Institutions Do Not?* Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Krastev, Ivan (2014). From Politics to Protest. In: *Journal of Democracy*. 25 (4), p. 5-19.
- Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2010): *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lindberg, Staffan (ed.) (2009): *Democratization by Elections: a New Mode of Transition*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.

- Linz, Juan J. (2000): *Totalitarian and Authoritarian Regimes*. Boulder, London: Lynne Rienner.
- Linz, Juan J.; Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- McFaul, Michael (2002): The Fourth Wave of Democracy and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Postcommunist World. In: *World Politics*. 54 (2), p. 212-244.
- McFaul, Michael (2010): The Missing Variable. The "International System" as the Link between Third and Fourth Wave Models of Democratization. In: Bunce, Valerie J.; McFaul, Michael; Stoner-Weiss, Kathryn (ed.): *Democracy and Authoritarianism in the Postcommunist World*. Cambridge: Cambridge University Press, p. 3-29.
- Merkel, Wolfgang (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen: UTB.
- Merkel, Wolfgang; Weiffen, Brigitte (2012): Does Heterogeneity Hinder Democracy? In: *Comparative Sociology*. 11 (3), p. 387-421.
- Møller, Jørgen; Skaaning, Svend-Erik (2009): The Three Worlds of Post-Communism: Revisiting Deep and Proximate Explanations. In: *Democratization*. 16 (2), p. 298-322.
- Moore, Barrington (1967): *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. London: Allen Lane.
- O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe (1986): *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- O'Leary, Brendan (2001): An Iron Law of Nationalism and Federation?: A (Neo-Diceyan) Theory of the Necessity of a Federal Staatsvolk, and of Consociational Rescue (Ernest Gellner Nationalism Lecture). In: *Nations and Nationalism*. 7 (3), p. 273-96.
- Offe, Claus (1994): *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt, New York: Campus.

- Pavlovskii', Gleb (2014): Democracy and How it is Used in Russia. In: Inozemtsev, Vladislav (ed.): *Democracy versus Modernization: a Dilemma for Russia and for the World*. London: Routledge, p. 97-110.
- Peregudov, Sergei P. (2012): Konceptcija monitoringovoj demokratii: k novym otnošenijam vlasti i obščestva. *Političeskie issledovanija*. 22 (6), p. 55-67.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Cheibub, José Antonio; Limongi, Fernando (2000): *Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1999*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam et al. (1995): *Sustainable Democracy*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Radnitz, Scott (2010): *Weapons of the Wealthy. Predatory Regimes and Elite-Led Protests in Central Asia*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Remington, Thomas F. (2011): *The Politics of Inequality in Russia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schmitter, Philippe (2010): Twenty-Five Years, Fifteen Findings. In: *Journal of Democracy*. 21 (1), p. 17-28.
- Schneider, Carsten Q. (2009): *The Consolidation of Democracy: Comparing Europe and Latin America*. Milton Park, Abingdon, New York: Routledge.
- Staniszki, Jadwiga (1991): *Dynamics of Breakthrough*. Berkeley: University of California Press.
- Stepan, Alfred; Linz, Juan J.; Yadav, Yogendra (2011): *Crafting State-Nations. India and Other Multinational Democracies*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Styckow, Petra (2010): "Bunte Revolutionen" – Durchbruch zur Demokratie oder Modus der autoritären Systemreproduktion? In: *Politische Vierteljahresschrift*. 51 (1), S. 137-162.
- Styckow, Petra (2013): Wahlen in autoritären Regimen. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 47 Sonderheft, S. 298-323.

- Yakovlev, Andrej (2013): V poiskach novej social'noj bazy, ili Počemu rossijskaja vlast' menjaet otnošenie k biznesu. In: *Obščestvennye nauki i sovremennost'*. 38 (2), S. 5-14.
- Zudin, Aleksej (2013): Biznes i gosudarstvo v Rossii: opyt primenenija podchoda Norta-Uollisa-Vai'ngasta. In: *Obščestvennye nauki i sovremennost'*. 38, S. 15-31.

